

Pulsnitzer Tageblatt

Verantwortlicher: 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz an
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,65 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleiben



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhörnisdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Freibersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. L. F. F. Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 261

Mittwoch, den 7. November 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

Dr. Cäener verhandelt in Berlin mit den Behörden und der Wirtschaft über Unterstützung seiner Pläne.

In Varmen sprengte ein Eiferfächiger ein Haus in die Luft. Montag ereignete sich bei Vobz ein entsetzliches Unglück, dem 6 Personen zum Opfer fielen. Ein Bauer wollte mit seiner sechsköpfigen Familie einen Bahnübergang überqueren, als im gleichen Augenblick ein heranrauschender Zug den schwer beladenen Wagen erfasste und völlig zertrümmerte. Sämtliche Insassen sowie das Pferd wurden auf der Stelle getötet.

Der österreichische Nationalrat hat am Dienstag den Beitritt Österreichs zum Briand-Kellogg-Antifriesepakt einstimmig genehmigt. Von der Erdbebenwarte in Rew wurden Dienstag Morgen 4.24 Uhr mittlereuropäischer Zeit leichte Seebeben aufgezeichnet, deren Herd in einer Entfernung von etwa 10 000 Meilen, wahrscheinlich in der Mitte des Stillen Ozeans vermutet wird.

10 Jahre deutsche Republik.

Am 9. November sind zehn Jahre seit der Staatsumwälzung zur Republik vergangen. Noch haben wir nicht den Abstand zu den Ereignissen, um eine gerechte Wertung der Revolution von 1918 zu geben, noch sind die Akten darüber nicht abgeschlossen, und uns allen, die wir die Tage vor zehn Jahren miterlebt haben, fehlt mehr oder weniger die Objektivität, die uns zu einem von persönlichen Auffassungen freien Urteil berechtigt. Auch diejenigen, die mit ganzem Herzen in den Novembertagen des Jahres 1918 die Republik begrüßten, können heute noch nicht frei bekennen, daß die Verwirklichung der Republik im rechten Augenblick erfolgte. Interessant, wenn Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ in seiner Betrachtung über den 9. November 1918 schreibt: „Keiner von denen, die heute mit ihrem Herzen an der Republik hängen und in ihrem Namen sprechen, hat im November 1918 mitten in der Katastrophe und zwischen den hereinragenden Unglücksgefahren den Augenblick geeignet gefunden für die Verwirklichung des republikanischen Ideals und den radikalen Wechsel der Staatsform erstrebt.“ Vor kurzem erst erschienen die Memoiren Scheidemanns, die sich mit den Ereignissen der Sturmzeit von 1918 beschäftigen, und da lesen wir, daß auch Friedrich Ebert, der erste Reichspräsident, selbst versucht hat, den Umsturz aufzuhalten.

Diese Unglücksgefahren und die Katastrophe, auf die hier hingewiesen ist, das ist der Zusammenbruch der Front gegen den Feind. Mit dem Zusammenbruch kamen die furchtbaren schweren Bedingungen des Waffenstillstandes und weiter die Versklavung Deutschlands in Versailles. Heute, zehn Jahre nach Versailles, liegen wir noch in den Fesseln, die uns jener Vertrag angelegt hat. Wir leisten Fronarbeit für die, die sich heute immer noch stolz Sieger nennen.

Wir alle fühlen die Auswirkungen des Versailler Diktats am eigenen Leibe, und diese Generation wird weiter die Ketten tragen müssen. Mit dem Zusammenbruch von 1918 ist so manche wertvolle Existenz zusammengebrochen. Werte sind verlorengegangen, die in absehbarer Zeit nicht wieder zu schaffen sind. Unser Vaterland wurde an den Grenzen zerstückelt. Im Osten gingen uns Gebiete verloren, die für das Leben des deutschen Volkes unentbehrlich sind. Blühende Landwirtschaft im östlichen Grenzgebiet wurde vernichtet, blühender Bergbau in Schlesien fiel in die Hände unserer Feinde, im Süden begann der Verwelschungsprozeß deutschen Blutes, und im Westen stehen noch Truppen der Mächte auf deutschem Boden, die mit uns 1918 den sogenannten Frieden schlossen. Heute ist die Räumungsfrage ein Handelsgeschäft geworden. Was heißt heute deutsches Recht? — Die Alliierten kennen nur das Recht des Stärkeren, kraft dessen sie uns am Boden halten.

Seit den Novembertagen 1918 reifen die Kämpfe bis zum heutigen Tage nicht ab. Wir wehren uns immer noch gegen unsere Feinde im Kriege, wir kämpfen um unser Recht gegen sie, aber wir bekämpfen uns, was noch viel schlimmer ist, selbst. Wir streiten um die Form unseres Staates. Hier Einheitsstaat, hier Bundesstaat. Wir sind aus dem unseligen Flagenstreit auch heute noch nicht heraus. Wir kämpfen um Reformen, sei es Justizreform, sei es Schulreform. Eine ewige Gärung, aus der wir nicht herauskommen und in der wir uns selbst zu verzehren drohen. Unsere Wirtschaft ringt im schweren Existenzkampf, die Daweslasten drohen uns völlig zu erdrücken. Wir arbeiten nicht für uns und unseres Volkes Macht und Bedeutung, wir arbeiten für den Dawesmolo, den unerfäglich, der mehr verschlingt, als wir heranzubringen können. Manchem, der den Mut nicht aufgegeben hat und mit echt deutschem Willen sich durchzubissen versucht durch die schwere Zeit, schneidet die Fron, die er für die „Sieger“ leistet, die Möglichkeit zum Wiederaufbau ab. Die Steuern, die heute das wegpressen, was früher auf die hohe Kante gelegt wurde, halten uns weiter nieder, und wozu diese Steuern? — Sie sind nur ein Dawes-

Rücktritt des Kabinetts Poincaré

Die Radikalsocialisten gegen Poincaré

Französische Pressestimmen zur Kabinettskrise — Reichstagsbeginn am 12. November

Rücktritt des Kabinetts Poincaré.

Die Radikalsocialisten gegen Poincaré.

Paris. Das Kabinett der Nationalen Einheit in Frankreich ist gesprengt! Am Dienstag vormittag erschienen die vier radikalsocialen Minister Sarraut, Ferriot, Ducloux und Berrier beim Ministerpräsidenten Poincaré und erklärten, daß sie gezwungen seien, infolge der Beschlüsse des Radikalen Kongresses in Angers zurückzutreten. Poincaré erwiderte, daß er ihre Demission nicht annehme, sondern daß er sofort dem Präsidenten der Republik die Gesamtdemission des Kabinetts unterbreiten werde.

Nach der Rückkehr von der Besprechung mit Doumergue teilte Poincaré mit, daß das Gesamtkabinett zurückgetreten sei.

Die Gegensätze zwischen der Radikalsocialen Partei und der Regierung bestehen nicht erst seit gestern. Poincaré und die rechtsstehenden Minister lehnen die Wtrennung der Kongressartikeln 70 und 71, die vom Radikalen Parteikongreß gefordert waren, grundsätzlich ab, und das von Ferriot vorgeschlagene Kompromiß konnte die Situation nicht retten. Dazu traten Meinungsverschiedenheiten über das Budgetrecht der Finanzkommission und eine tiefe Bestimmung über das Auftreten Poincarés in diesem Ausschuß. Schließlich spielte der Heeresetat eine große Rolle. Der Radikale Kongreß hatte den Grundsat aufgestellt, daß der Heeresetat für 1929 den Etat von 1928 nicht überschreiten dürfe, und seine Minister verpflichtet, die überschüssende Milliarde des Herrn Poincarés abzulehnen.

Französische Pressestimmen zur Kabinettskrise

Paris, 7. November. Zu dem Rücktritt des französischen Kabinetts schreibt die „Liberte“, daß es genügt hätte, daß ein Mann, den das ganze Land haßt und verachtet, nämlich Josef Caillaux, durch einige Männer eine mißbilligende Entschlieung gegen die Regierung habe annehmen lassen, um das Land in eine schwere Krise führen zu lassen, und zwar ausgerechnet an dem Tage, an dem die Kammer zusammengetreten sei. Poincaré sei verpflichtet, auch die neue Regierung zu bilden, er hätte nicht das Recht, sich dieser Aufgabe zu entziehen. Wenn die Radikalsocialisten sich den Sozialdemokraten anschließen wollten, solle man sie ihrem Schicksal überlassen. Die Regierung der Nationalen Union müsse auch ohne sie fortgesetzt werden. In einem ohne sie gebildeten Kabinett könne Poincaré mit 360 gegen 600 Stimmen rechnen. Auch der „Intransigeant“ richtet dieselbe Forderung an Poincaré, sich der Verantwortung nicht zu entziehen und Frankreich zu retten. Sicherlich würde die Linke nicht durch die Regierungskrisis gewinnen, nur viel Zeit wäre verloren. „Journal de Debats“ hofft, daß die verfahren politische Lage sich leicht eurenten lasse; da die Regierung nicht durch die Kammer gestürzt worden sei, Parlament und öffentliche Meinung wünschten nichts anderes, als bei dieser Gelegenheit mit denjenigen zu gehen, die sich als gute Diener des Vaterlandes zeigten und sich von den sogenannten Politikern trennten. Der sozialistische „Socit“ glaubt, daß die Aufgabe der Nachfolger Poincarés nicht leicht werde. Die Rettung sieht das Blatt in einem Ministerium der Linksparteien und vor allem der Teilnahme der Sozialdemokraten

Der französische Kabinettssturz hat England überrascht

London, 6. November. Der Sturz des französischen Kabinetts kam allen politischen Kreisen in England völlig unerwartet. Die Nachricht von dem Rücktritt des Kabinetts selbst wurde, wie in allen Pariser Berichten hervorgehoben wird, mehrere Stunden zurückgehalten. Die Abendblätter enthalten sich vorläufig noch jeden Kommentars und beschränken sich auf eine ausführliche Berichterstattung über die mit dem Rücktritt zusammenhängenden Vorgänge. An der Börse hatte der Sturz Poincarés bereits eine starke Auswirkung. Alle französischen Anleihen und Bonds fielen um mehrere Punkte. Die französischen Werte wurden durchweg beträchtlich angeboten.

6:1 für Hoover.

New York. Die Präsidentschaftswahlen in Amerika am Dienstag wurden mit dem typisch amerikanischen Aufwand vorgenommen. Die Werten stehen 6:1 für Hoover. In dessen erklärte Smith, daß sein Sieg nach den von ganz Amerika eintreffenden Berichten klar bewiesen sei. Der

größte Teil der Mitglieder des Kabinetts hatte sich in die Heimatstädte begeben, um das Wahlrecht auszuüben. Staatssekretär Kellogg's Stimmzettel ist durch die Post nach Minnesota befördert worden. Präsident Coolidge und seine Gattin wählten in Northampton. Angeblich hat der Automobilfabrikant William C. Durant 1 Million Dollar gegen 200 000 Dollar mit Michael S. Reehan gemettet, daß Hoover gewählt werden wird.

42 Millionen an der Wahlurne.

Die Präsidentschaftswahlen fanden unter riesigem Andrang der Wähler statt. 42 Millionen Wähler hatten sich in die Listen eintragen lassen. Die beiden Kandidaten Hoover und Smith haben während ihrer Wahlreisen in jeder Beziehung Rekord aufgestellt. Hoover durchkreuzte den amerikanischen Kontinent dreimal, er legte 12 500 Meilen auf der Eisenbahn zurück und sprach in 29 Staaten. Smith, sein Gegenkandidat, legte 15 000 Meilen zurück. Aber nicht minder haben sich die Vizepräsidentschaftskandidaten bemüht. So sprach Senator Curties, der republikanische Vizepräsidentschaftskandidat in 30 Staaten und legte auf seiner Propagandareise 20 000 Meilen zurück. Sein demokratischer Rivale Robinson stellte einen Rekord auf, indem er 35 000 Meilen zurücklegte und insgesamt 196mal vor den Wählern sprach, davon 60 Stunden im Radio.

Reichstagsbeginn

bereits am 12. November.

Berlin. Der Aeltestenrat des Reichstags beschloß am Dienstag, daß der Reichstag nicht, wie vorgesehen, am 13. November, sondern bereits am 12. November seine Sitzungen aufnehmen soll. Als erster Gegenstand sollen im Plenum die Aussperrung in Westdeutschland und die Anträge auf Abänderung des Schlichtungswesens beraten werden. Für die zweite Hälfte der Woche ist eine große außenpolitische Beratung über Genf, Reparationsfrage und Rheinlanderräumung vorgesehen. Die Verhandlungen soll der Außenminister Dr. Stresemann mit einer Regierungserklärung einleiten. Nach Abschluß der außenpolitischen Debatte kommen die Anträge auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers zur Verhandlung.

Reparationslast und Landwirtschaft.

Der Reichsernährungsminister über die Schwierigkeiten für den Etat.

Stuttgart. Der Reichsernährungsminister Dietrich empfing bei einem Besuch in Stuttgart die Vertreter der württembergischen Presse, vor denen der Minister ausführlich die Frage, inwieweit die Landwirtschaft durch die Reparationsbelastung betroffen werde, behandelte. Die Aufstellung des Etats für 1929 bereite insofern große Schwierigkeiten, als für den kommenden Etat weder Reserven vorhanden noch wie bisher Müzzgewinne zu erwarten seien. Außerdem wirtschete sich die Leistung der Reparationslast von 2500 Millionen Mark zum ersten Male im nächsten Etat voll aus. So seien schon von vornherein insgesamt

600 Millionen Mark im neuen Etat weniger vorhanden als 1928.

Wenn die Landwirtschaft auch nicht direkt mit Reparationen befaßt sei, so wie z. B. die Industrie, so wirke sich diese Belastung indirekt durch die hohen Reichsbahn- und Steuerlasten aus. Vor allem aber sei der Einfluß der Reparationen auf dem Kapitalmarkt für die Landwirtschaft mehr als für alle anderen Berufsstände verhängnisvoll. Auch aus diesem Grunde sei eine Endregelung der Reparationslast von großer Wichtigkeit. Einer Neuordnung der Reparationslast könne die Reichsregierung jedoch nur zustimmen, wenn durch unabhängige Sachverständige die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft festgestellt werde. Um keinen Preis dürfe Deutschland den Weg gehen, den England gegangen sei und die Landwirtschaft aufgeben, denn die Industrialisierung unserer bisherigen Exportländer mache immer weitere Fortschritte, so daß die 65 Millionen Deutschen auf die Dauer nicht rein industriell ernährt werden könnten.